

# **Syrien in der Schlinge**

Von Nora Seligmann

## **I.**

### **Ein Ende hält Präsident Bush**

Nachdem sich Syrien nicht an der amerikanischen Initiative zur Invasion des Iraks beteiligt hat, haben seine Gegner ein offenes Ohr bei Präsident Bush gefunden. So sah sich Präsident Assad von den USA bezichtigt, Freiwillige über Syrien an die Front gegen die Amerikaner gelassen zu haben.

Dem amerikanischen Volk mußte Syrien als so bedrohend vorgeführt werden, daß anti-syrische Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen. Gleich nach dem Fall Bagdads fing es an mit Behauptungen von führenden US-Politikern, daß Anhänger von Saddam Hussein sich nach Syrien gerettet hätten und daß Massenvernichtungswaffen sowie Dokumente dorthin ausgelagert worden wären.

Tatsächlich war das vollkommen aus der Luft gegriffen; US-General Richard Myers, Vorsitzender der „Joint Chiefs of Staff“ erklärte im April 2003, daß es keinerlei Anhaltspunkte für derartige Verdächtigungen gab. Diese Richtigstellung ist allerdings nicht von den Massenmedien verbreitet worden.

(„Joint Chiefs of Staff“ ist eine Behörde, über die die Stabschefs die Regierung beraten.)

Im US-Kongreß wurde im Laufe des Sommers der Text für einen Beschluß ausgearbeitet, mit dem Syrien in Schußlinie gebracht wird. Der Ausschuß, der sich für diesen Beschluß mit großem Eifer eingesetzt hat, war bei der Wahl seiner Quellen und Mittelsmänner zielstrebig. Das in der Öffentlichkeit verbreitete Feindbild Syrien machte es dem Kongreß möglich, den Beschluß „Syria Accountability Act“ anzunehmen.

Darin wird von Syrien unter 36 Punkten Rechtfertigung verlangt: Es werden eine Reihe von Forderungen aufgestellt und Sanktionen bei Nichterfüllung angedroht. Dazu gehört der Abbruch jeder Unterstützung von „Terroristen“, die gegen die Amerikaner im Irak arbeiten oder gegen Israel im Westjordanland oder dem Libanon.

In Bezug auf die letzteren wird verlangt, daß alle Büros von nationalen palästinensischen Widerstandsgruppen geschlossen werden wie auch die

von islamischen Organisationen wie Hisbullah. Ferner soll jede Finanzierung solcher Gruppen über syrische Institutionen nachweislich unterdrückt werden.

Diese Forderung geht in den USA umso leichter durch, als unmenschlicher Widerstand gegen Besatzer als „Terrorismus“ im gleichen Sinne gilt wie der Anschlag vom 11. September 2001. Die Einstellung von Arabern gegen Israel, hervorgegangen aus der bitteren Erfahrung des letzten Jahrhunderts und vor allem seit der Gründung Israels, jetzt täglich genährt angesichts der Vorgänge im Westjordanland, wird als deckungsgleich mit den Vorstellungen der Bin Ladin Gruppe verkauft.

Eine weitere Forderung an Syrien ist die nach Offenlegung und Zerstörung seiner „Massenvernichtungswaffen“. Es gibt keine zugänglichen Quellen für eine solche Unterstellung und die auch schon aufgetauchte These, Saddam Husseins „Massenvernichtungswaffen“ seien kurz vor dem Krieg nach Syrien verbracht worden, dürfte etwas hilflos erscheinen, zumal keinerlei Beweise für solch eine Aktion vorliegen.

Die dunkle Propagandawolke über Syrien bestand für die Öffentlichkeit im Sommer 2003 scheinbar nur noch in der ominösen Forderung von Präsident Bush, „Syrien braucht ja nur mit uns zusammen zu arbeiten“. Dabei aber hatten die Stabschefs zwei Wochen zuvor die Führung des amerikanischen Militärs in Europa einen Plan für die Invasion Syriens ausarbeiten lassen.

Was die Zusammenarbeit mit Washington anbetrifft, so hatte Syrien sich vor allem gleich nach dem 11. September 2001 sehr eifertig gezeigt in der Aufspürung von Al Qaida Anhängern und sich entsprechendes Lob von seiten der CIA verdient. Damaskus hatte der CIA 26 000 Akten überstellt. Es leistete aber auch noch eine Hilfestellung, die seinen Ruf in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte belasten sollte:

Die CIA überstellt dem syrischen Geheimdienst des Terrorismus oder seiner Unterstützung verdächtige Personen, um sie eventuell unter Anwendung von Folter verhören zu lassen, was in den USA selbst Schwierigkeiten machen könnte. Paradoxe Weise gehört zu den Anklagepunkten gegen Syrien gerade auch die Mißachtung der Menschenrechte.

Zu den Forderungen an Damaskus gehört auch die nach Abzug seiner Truppen aus dem Libanon und verbunden mit der nach Unterdrückung von Hisbullah, obwohl diese Bewegung auch eine offizielle Partei im libanesischen Parlament stellt. Nun sollte man meinen, daß dies eine

Angelegenheit der libanesischen Regierung wäre. Washington aber urteilt, seine Forderung diene dem höheren Interesse des Friedens in Nahost.

Zu den vom US-Kongreß vorgesehenen Sanktionen gegen Syrien, wenn es sich nicht rechtfertigen kann angesichts der amerikanischen Forderungen, gehören die Einfrierung aller syrischen Gelder in den USA, das Verbot des Exports nach Syrien und das Anlegen von Geldern in Syrien. Dabei ist die Außenpolitik auch in den USA eigentlich eine Sache der jeweiligen Regierung und nicht des Kongresses; der Präsident hat sich denn auch vorbehalten, über die Initiative zu Sanktionen selbst zu entscheiden.

Diese Sanktionen stehen im Widerspruch zu Stellungnahmen der CIA und des Außenministeriums, wonach eine Abstrafung Syriens eine ernsthafte Belastung für Friedensverhandlungen in Nahost darstellen würde. Nicht zuletzt würde Washington dann auch die so wertvolle Mitarbeit der Syrer bei der Bekämpfung der Al Qaida Bewegung verlieren.

Was bringt Washington zu diesem Kesseltreiben gegen Syrien? Nach eigenem Bekunden will die Gruppe um Präsident Bush möglichst viele Länder des Nahen Ostens mit einer demokratischen Regierungsform nach amerikanischem Modell beglücken. Vor einigen Jahren gab es jedoch gerade in der neo-konservativen Presse Stimmen, die autokratische Regierungsformen unter gegebenen Umständen für richtiger hielten.

Es ist schwer, ein Gegenargument zu finden, wenn vermutet wird, die USA wollten in erster Linie ihre geopolitische Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten auf Dauer verankern. Die Idee eines kriegerischen Eingreifens von Washington selbst gegen Syrien scheint allerdings vorerst auf Eis gelegt.

So geht es jetzt darum, Präsident Assad in Damaskus mittels wirtschaftlicher Erstickungsmaßnahmen und über die Ausstaffierung des Feindbildes Syrien zu schwächen. Der Abbruch der Erdölausfuhr per Rohr nach und über Syrien ans Mittelmeer war ein erster entscheidender Schritt, sobald das amerikanische Militär im Irak Fuß gefaßt hatte. Mit der Annahme des „Syria Accountability Act“ am 1. Oktober 2003 wird die politische Richtlinie für die USA vorgegeben und für die Länder des Nahen und im Mittleren Ostens eine Warntafel aufgestellt.

## II.

## **Das Zusammenspiel von Scharon und Bush**

Am 1. Oktober wurde der Beschluß „Syrian Accountability Act“ durch den Kongreß angenommen. Am 2. Oktober schrieb der bekannte Journalist Thomas I. Friedman in der *New York Times*, die als wichtigste Tageszeitung der USA betrachtet wird: Die Gruppe um Bush, die dafür sorgen sollte, daß Israel nicht zu sehr vom Boden der Wirklichkeit abhebt, ist so tief in die Tasche von Ariel Scharon gesunken, daß man nichts mehr von ihr sieht.

Der israelische Verteidigungsminister Schaul Mofas erklärte Anfang April 2003 der Tel Aviver Tageszeitung *Maariv* gegenüber: „Wir haben eine lange Liste von Forderungen an Syrien zu stellen, und das würde am besten durch die Amerikaner geschehen.“ Genauso scheint es inzwischen abzulaufen. General Mofas war Karriereoffizier, bevor er das Verteidigungsministerium übernahm. Er scheint sich nicht bewußt gewesen zu sein, daß er mit seiner Erklärung das Vorgehen gegen Syrien als gemeinsame Sache so offen formuliert hatte.

Von dieser Äußerung des israelischen Verteidigungsministers drang allerdings nichts in die westlichen Medien; nur einige US-Kongreß-abgeordnete, die davon hörten, fanden das denn doch etwas stark. Immerhin hatte Premierminister Scharon schon darauf bestanden, daß die Führung im Irak ausgeschaltet werden mußte. Arabische Länder hatten befürchtet, daß Israel im Windschatten des Krieges im Irak militärische Schläge gegen Syrien durchführen würden. Davor aber hatte Washington Scharon gewarnt.

Mit der Annahme des „Syria Accountability Act“ am 1. Oktober 2003 schien die Bahn nun frei zu sein: Am 5. Oktober ließ Scharon ein „Ausbildungslager für Terroristen“ in einem Dorf bei Damaskus ohne jede Vorwarnung bombardieren. Eine Reihe von Dorfbewohnern wurde dabei verletzt. Präsident Bush erklärte prompt sein Verständnis für diesen Angriff als eine Maßnahme zur Verteidigung von Menschenleben in Israel.

Man muß sich allerdings fragen, welche Informationen dem Präsidenten hier wieder einmal zur Verfügung standen. Das bombardierte Lager war nämlich seit den 70er Jahren verlassen und diente den Kindern aus dem Dorf als Spielplatz, wie Journalisten eine Woche nach der Bombardierung in Erfahrung brachten.

Dagegen äußerten einige Persönlichkeiten in Washington eine Woche nach der Bombardierung, sie hätten Informationen aus Personenquelle, wonach Syrien das bewußte Lager demnächst als Basis

für Angriffe gegen die Amerikaner im Irak hätte benutzen wollen. Woher haben sie diese Informationen?

Es gibt im Weißen Haus tatsächlich eine besondere Geheimdiensteinheit, die nichts mit CIA, FBI oder dem militärischen Geheimdienst zu tun hat. Desgleichen unterhält auch Sharon einen speziellen Geheimdienst in seinem Amtssitz, der unabhängig von Mossad ist und das Weiße Haus direkt mit Informationen beliefert.

Die angeblich versuchte Uranlieferung aus Afrika (Niger) an Bagdad war der Bush-Regierung auf eben diesem Wege bekannt geworden. Die Widerlegung durch einen amerikanischen ehemaligen Botschafter hat diesem und vor allem seiner unter Deckung für die CIA arbeitenden Frau enormen Schaden zugefügt.

Solange diese Zusammenhänge aber nicht in die Massenmedien dringen, wird nicht nur die jetzige Regierung unter Bush ihre anti-arabische Politik weiterführen, sondern auch ein eventueller Nachfolger. Angesichts des großen Einflußvermögens, über das Israels Parteigänger in den USA verfügen, dürfte Israel sich auf absehbare Zeit amerikanischer Unterstützung sicher sein.

### **III.**

#### **Scharon hält das andere Ende der Schlinge**

Israel ist sehr bestrebt, mit jedem arabischen Staat isoliert zu tun zu haben. Bei solchen bilateralen Verhandlungen verspricht es sich, seine Ziele über kurz oder lang durchsetzen zu können. Die Präsenz syrischer Truppen im Libanon macht diesen weniger aufgeschlossen für israelische Einflußnahme.

Sicher würde jeder israelische Regierungschef am liebsten seinem Land Frieden und Gedeihen sichern, indem er sich die Regierungen der Nachbarstaaten gefügig macht. Die nächstbeste Alternative ist es, die jeweilige Regierung zu Fall zu bringen und durch eine nach eigener Wahl zu ersetzen.

Zur Zeit geht es offensichtlich darum, Präsident Assad mittels wirtschaftlicher Erstickungsmaßnahmen zu schwächen, ihn auf internationaler Bühne herabzusetzen und ihm im Nahen Osten seine Glaubwürdigkeit zu nehmen.

Militärische Schläge, wie der vom 5. Oktober 2003, und die über Jahre wiederholten Überflüge von syrischen Stellungen im Libanon – bei der einmal eine syrische Radarstation zerstört wurde – dienen als Warnung an Damaskus und als Schwächung Syriens in den Augen des

arabischen Fußvolks. Damaskus hat sich derweil notgedrungen jeder militärischen Gegenreaktion enthalten und das seit 1974 bestehende Abkommen der Nichtkonfrontierung beachtet.

In Israel ist der Öffentlichkeit das Bild Syriens als eines Erzfeindes seit Jahrzehnten eingepflegt worden. Obwohl Israel über eine Kriegsmaschine verfügt, der auch alle seine Nachbarn zusammen keine halbwegs effektive militärische Gegenwehr entgegen zu setzen haben, will es jede mögliche Gegenwehr aus dem Wege geräumt wissen, die israelische Leben kosten könnte. Israel wäre jedoch nicht in der Lage, sich Syrien ganz einzuverleiben und zu beherrschen.

Das schließt aber nicht die Möglichkeit eines israelischen Großangriffs auf Syrien aus. Der israelische Generalmajor Schlomo Gasit, der einmal Chef des israelischen militärischen Sicherheitsdienstes war und bekannt für seine kriegerische Einstellung ist, hat nach Scharons Luftangriff bei Damaskus vor weiteren militärischen Initiativen gegen Syrien gewarnt.

Die Luftangriffe im Libanon wurden immer als Gegenwehr gegen Hisbullah-Stellungen im Süden des Landes hingestellt, für deren Existenz aber Damaskus verantwortlich gemacht wurde, das die Kampfgruppen dieser Partei als legitimen Widerstand gegen Israel ansieht: Bei seiner Räumung des selbsterklärten Sicherheitsstreifens im Südlibanon hat Israel einen kleinen, mit Wasser versorgten Landstreifen als israelisches Territorium einbehalten, obwohl es kartographische Unterlagen für die Unrichtigkeit dieser Behauptung gibt.

Am Tag der Bombardierung vom 5. Oktober 2003 bei Damaskus durchbrachen andere israelische Jäger die Schallmauer über Beirut: In der Nähe liegen an die 25 000 syrische Truppen und ihnen galt diese Einschüchterung, die nicht die erste der Art ist. So überfliegen israelische Maschinen oft das Beka'a Tal, wo die Syrer Raketenabschußstellen haben.

Schlomo Gasit warnte in einer öffentlichen Stellungnahme in Tel Aviv, daß Scharon einen kurzen aber verheerenden militärischen Schlag gegen Syrien unternehmen wird, auf den die Syrer werden reagieren müssen. Ein Sprecher Scharons tat diese Warnung verächtlich ab und urteilte, Gasit leide unter Wirklichkeitsverlust.

Die Warnung Gasits zu diesem Zeitpunkt scheint aber begründet: Generalleutnant Mosche Jaalon, Stabschef der israelischen Armee, deutete in einer Rede vor dem Lehrkörper der Universität von Tel Aviv darauf hin, daß Israel Rückendeckung für einen Großangriff auf Syrien

habe: Wenn Syrien die Warnungen ignoriert, die Israel und andere Länder ausgesprochen haben, dann müsse es sich auf Warnungen anderen Kalibers gefaßt machen. Später nach dem Sinn seiner Andeutung befragt, gab Jaalon zu, daß es sich bei diesen anderen Ländern um die USA handelt.

Eine Stunde nach dieser Rede Jaalons dröhnten israelische F-15 Jäger wieder über Beirut wie gerade einen Monat zuvor, als sie bei der Bombardierung des angeblichen Ausbildungslagers bei Damaskus es sich nicht nehmen ließen, auch dem Palast des Präsidenten im Tiefflug einen Besuch abzustatten. Damaskus hat öffentlich Vergeltung angekündigt – es ist aber nichts erfolgt. Es galt wohl, nur das arabische Fußvolk zu beschwichtigen.

Gasits Sorge gilt den Verlusten an Menschenleben auf seiten Israels, die ein offener Krieg gegen Syrien mit sich bringen würde. Gasit legt es den Amerikanern zur Last, daß sie mit ihrer Duldung oder sogar Zustimmung zu Scharons Politik und mit der Annahme des „Syria Accountability Act“ einer verheerenden Entwicklung Vorschub leisten.

Am Jahresende nun meldete zumindest der BBC, daß die israelische Regierung ihre Besiedlung der Golanhöhen, die vor Israels Besetzung übrigens als „Syrische Höhen“ bekannt waren, um neunhundert weitere Einheiten zu vergrößern beschloß. Die Arbeiten wurden augenscheinlich sofort in Angriff genommen, während ein Gesandter Scharons auf dem Wege nach Damaskus war, um von Syrien erbetene Verhandlungen aufzunehmen.

Am darauf folgenden Tag haben die USA dem Vernehmen nach die Siedlungsinitiative verurteilt. Am 2. Januar 2004 dementierte dann Ehud Olmert, Scharons Vize, am Bildschirm kategorisch, daß die israelische Regierung eine derartige Initiative ergriffen oder auch nur beschlossen habe. Das kann ihm kaum jemand abnehmen, der ihn seit Jahren beobachtet hat. Er hat sich immer wieder als hartgesottener Zionist profiliert, der gewohnt ist, seine Sicht der Dinge als unbestreitbare Wirklichkeit hinzustellen.

Es wird eventuell eines kleinen Aufschubs bedürfen – da ist man flexibel in Israel – ohne dabei das Endziel eines Großisrael aufzugeben. Zur Zeit gilt es für Israel, das Argument des notwendigen Kampfes gegen den Terrorismus, für sich zu vereinnahmen.

So wird es denn weitere Angriffe auf angebliche Terroristen unternehmen und außerdem versuchen, Syrien in bewaffnete Grenzkonflikte zu verwickeln, in der sicheren Annahme, daß es die öffentliche Meinung jedesmal von der Schuld Syriens überzeugen kann.

#### IV. Feindbild Syrien

Das Feindbild Syrien wird in den Medien aufgebaut, so wie es auch dem Beschluß des US-Kongresses vom 1. Oktober 2003 zugrunde liegt.

Am Tag nach der Annahme dieses Beschlusses ließ Washington verlauten, daß einige von gerade verhafteten und einer Verbindung mit Al Qaida Verdächtigen syrischer Nationalität seien, darunter Taisir Aluni, ein Journalist des Fernsehsenders Al Dschasira.

Die israelische Zeitung Haaretz schob nach, der syrische Geschäftsmann Firas Tlas, Sohn des Verteidigungsministers, hätte Massenvernichtungswaffen aus dem Irak über Syrien in den Libanon geschmuggelt. Dann tat die Zeitschrift *Time* ein übriges mit der Behauptung, Saddam Hussein habe vor Kriegsende Milliarden in der Bank von Syrien hinterlegt. CNN brachte die Nachricht, die Syrer hätten das von den Israelis gerade erst zerstörte „Ausbildungslager“ bei Damaskus schon wieder aufgebaut.

Richard Perle, dunkle Eminenz der sogenannten Neokonservativen, reihte weitere Lügen auf diese Kette und erklärte, die USA könnten gegen Syrien ähnlich vorgehen wie gegen den Irak. Bei einem Interview mit Charlie Rose am 8. Januar 2004 versicherte er sogar, Präsident Assad habe allen Grund, mit Zittern der nahen Zukunft entgegenzusehen. Diese Kreise sind sich ihrer Macht über das Geschick Syriens offenbar so sicher, daß sie daraus das Recht zu einem Präventivschlag plausibel machen können.

In der Presse mehren sich Artikel, die einfach wie von einer Tatsache davon ausgehen, daß Syrien tatsächlich ABC-Waffen besitzt und den Terrorismus in der Welt unterstützt. Stolz wird darin auf die Macht des Exempels hingewiesen, das mit der Invasion des Iraks und dem Sturz seines Diktators statuiert wurde. Das Eingehen Muammar Gaddafis von Libyen auf alle westlichen Forderungen, gekrönt von einer diskreten Aufnahme von Beziehungen zu Israel, ziehen die Schlinge um Syriens Staatschef weiter zu.

Die Initiative Präsident Assads, mit der Türkei ins Gespräch zu kommen, wurde zunächst erklärt mit dem gemeinsamen Interesse, keine kurdische Staatsgründung auf ihre Kosten zuzulassen. Syrien hat allerdings nur eine sehr geringe Zahl von Kurden im Vergleich zur Türkei. – Dann hieß es, der Druck aus Washington sei der Grund. Und daran schließt sich die Einschätzung, daß Präsident Assad den Ernst

seiner Lage eingesehen hat und sich über eine Annäherung an die Türkei, den „einzigen Freund Israels in der Region“, der zudem in der NATO der Partner Englands und der USA ist, vor dem Fallen des Beils retten will.

## **V. In Damaskus**

Syrien hat den Besitz von ABC-Waffen nie in Bausch und Bogen abgestritten. Präsident Assad hat sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, allgemein verfügbare chemische Waffen zu erwerben als Gegenwehr gegen einen Angriff Israels, dessen ABC-Waffenarsenal interessierten Kreisen wohl bekannt ist, das aber in keinem Zeitungsartikel in der westlichen Presse erwähnt wird.

Militärische Experten zählen chemische Waffen übrigens nicht einmal zu den Massenvernichtungswaffen – aber eine solche Feststellung hat kaum Aussicht, von den Medien aufgegriffen zu werden.

Präsident Assad hat sich weiterhin im gleichen Atemzug mit chemischen auch den Erwerb biologischer Waffen vorbehalten. Was Pläne zu ihrer Herstellung anbetrifft, so heißt es allerdings sogar in ausgesprochen philosemitischen Zeitungsartikeln, daß sich ein solches Programm höchstens „im embryonalen Zustand“ befinden könne.

Da Beschuldigungen durch die USA nicht zu widerlegen sind, nicht einmal bei freiwilliger oder durch eine Invasion erzwungener Offenlegung aller Tatsachen, scheint Damaskus sich auf sein Recht auf Verteidigung zu berufen. Die seit 1967 andauernde Besetzung eines Landesteils und die Provokationen durch Israel, die bis zu einer Bombardierung bei Damaskus anstiegen, stellt eine nicht abzustreitende Bedrohung dar.

Der Irak mußte eine Invasion erleben, ehe Zweifel an der davon ausgehenden Gefahr aufkommen konnten. Libyen ist umgefallen angesichts des Exempels, das mit dem Irak statuiert wurde, wie man es sich in Washington mit zynischer Genugtuung auf der Zunge zergehen läßt. Syrien wird sich nicht aus der Schlinge winden können.

Der vorgebliche Besitz von ABC-Waffen wird von den Beschuldigten zwangsläufig auch anders ausgespielt: Man streitet nichts mehr kategorisch ab, wenn die Öffnung des Landes für radikale Inspektionen die Aufhebung von Sanktionen und internationaler Isolierung einbringen kann. Libyens Chef Mu'ammar Gaddafi führte es theaterreif vor: Er begleitete selbst die Kommission, die zur Bestandsaufnahme

gekommen war, und deutete schließlich auch noch mit weit ausholendem Arm auf eine Anlage zur Herstellung biologischer Waffen hin - die überhaupt nicht vorhanden ist.

Auch im Laufe der Diskussionen zum Thema der ABC-Waffen im Irak schien durch, daß Saddam Hussein die Vorwürfe durch eine zögernde Unterstützung der Waffeninspektoren im Raum hatte stehen lassen.

Für das arabische Fußvolk dürfte die Idee, daß ihre Regierung für einen Krieg gerüstet ist, eine Genugtuung darstellen angesichts der seit einem Jahrhundert erlebten Demütigungen. Die nationale Einstellung stärkt die jeweilige Landesregierung auch im Innern gegen Feinde aus religiösen Kreisen. Die Macht religiöser Führer steigt mit der Verarmung der Bevölkerung und diese ist z. T. auf den international verursachten Niedergang der Wirtschaft zurückzuführen.

Vollkommen unbegreiflich ist es für die nachwachsenden Generationen von Arabern, wieso ihre Regierungen nicht die gleichen Rechte genießen wie Israel. Als Präsident Assad in den Vereinten Nationen forderte, daß arabische Staaten nicht anders behandelt werden sollten als Israel, wurde dies von den USA, Israel und England als undiskutabel zurückgewiesen mit der Begründung, daß die syrischen Waffen ja alle dem Einsatz gegen Israel dienen würden. Aber das ist ja gerade der Sinn einer Abrüstung – sie muß auf beiden Seiten geschehen. Der Kurzschluß des Einforderns einer einseitigen Abrüstung wird offensichtlich nicht wahrgenommen.

Eine andere Propagandawaffe gegen Syrien sind die Anspielungen auf Mißachtung der Menschenrechte. Begonnen wird dann gern mit der Bombardierung der nordsyrischen Stadt Hama durch Hafis Al Assad, Vater des jetzigen Präsidenten, die seinerzeit der Unterdrückung einer islamistischen Rebellion (!) diene. Damit erschöpfen sich dann schon konkrete Hinweise. Unerwähnt bleibt, daß die USA selber Menschenrechtsverletzungen von Damaskus in Anspruch nehmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus.

Wie ein ehemaliger CIA-Angestellter gelegentlich ganz locker erwähnte, werden des Terrorismus verdächtige Personen den Syrern zum Verhör unter Anwendung von Folter überstellt. Auf diese Praxis wurde sogar im Fernsehen unausgesprochen Bezug genommen: Ein amerikanischer Soldat syrischer Herkunft, der in Guantánamo Bay als Übersetzer arbeitete, steht wegen Spionage vor dem Militärgericht: Er hatte die Namen von Gefangenen, die nach Syrien überstellt werden sollten, auf seinem Computer abgespeichert.

Damaskus wird andererseits pauschal beschuldigt, Terroristen zu beherbergen und zu unterstützen. Im Vertrauen darauf, daß das Medienpublikum keine gegenteiligen Informationen bekommt, kann ihm jede beliebige Unterstellung als Tatsache verkauft werden.

Tatsächlich bedarf es keiner Unterweisung und Indoktrinierung, damit sich Palästinenser in Selbstmordattentate stürzen. Das Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten läßt kaum mehr Raum für etwas anderes als resignierte Verzweiflung oder verzweifelttes Aufbegehren.

Das persönliche Miterleben von Brutalität, zumal wenn die Opfer unschuldige Familienangehörige sind, bringt die effektivsten Selbstmordattentäter hervor. Ihnen geht es nicht um Märtyrerheil, sondern um den Sinn ihrer Existenz. Der Fall der angehenden Rechtsanwältin Hanadi Dscharrad aus Dschenin, die mit einem Sprengsatz am Körper am 4. Oktober in Tel Aviv 14 Menschen mit in den Tod riß, ist dafür lezeichnend. – Damaskus kam letzten Endes nicht dem amerikanisch-israelischen Verlangen nach, die Büros aller palästinensischen Widerstandsgruppen zu schließen. Daraufhin gab Präsident Bush der stark pro-israelischen Gruppe im Kongreß grünes Licht, die den Beschluß zur Einkreisung Syriens entworfen und vorangetrieben hatte.

Die führenden Propagandisten in Washington haben die Amerikaner auch noch überzeugt, der Widerstand im Irak, sei auf Unterstützung aus Syrien zurückzuführen. Dabei gibt es doch auch amerikanische Berichte, die Kritik am immer rücksichtsloseren Vorgehen der Besatzungstruppen üben und darauf hinweisen, daß dies dem Widerstand immer mehr Iraker zuführt. Es wurde auch auf die wachsende Zahl der irakischen Gefangenen – sie wird auf über 10 000 veranschlagt – im Irak hingewiesen und festgestellt, daß sie unter Bedingungen gehalten werden, denen gegenüber die von Guantánamo Bay noch Luxus darstellen, wie Amnesty International feststellte.

Die Forderung nach Unterdrückung von Hisbullah als einer Terrorgruppe stellt Syrien vor eine unmögliche Aufgabe: Im Libanon stellt Hisbullah eine anerkannte Partei im Parlament. Ferner füllt die Bewegung Hisbullah die immer größer werdende Lücke im Sozialwesen und springt da ein, wo der Staat seine ärmsten Bürger ihrem Schicksal überläßt. Die Miliz von Hisbullah hat schließlich jahrelang die alleinige militärische Präsenz im Südlibanon dargestellt und wird als wesentlicher Faktor für den Rückzug der Israelis angesehen. Gegen Hisbullah vorzugehen, wäre daher unmöglich für Damaskus.

Der Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon soll wohl, wenn auch unausgesprochen, erst nach Zerschlagen von Hisbullah geschehen, denn sonst müßte Syrien zu diesem Zweck ja erst wieder mit Gewalt in den Libanon eindringen. Zur Zeit sind die syrischen Truppen immer noch mit Zustimmung der libanesischen Regierung dort und waren ursprünglich von dieser hereingerufen worden. Die syrische Präsenz dämpft die israelische Begierlichkeit was z. B. die Wasserquellen im Südlibanon betrifft.

Die Tatsache, daß Israel bei seinem Rückzug aus der selbsterklärten Sicherheitszone im Südlibanon einen Landstreifen einfach als ursprünglich israelisch einbehalten hat, macht Beirut wenig geneigt, sich der zweischneidigen nachbarlichen Hilfe entledigen zu wollen. Immerhin weiß noch jeder, daß der Libanon nach Ende des Zweiten Weltkriegs von Frankreich als Mandatsmacht aus dem ursprünglichen Syrien herausgeschnitten wurde.

Es wäre Präsident Assad schlechthin unmöglich gewesen, sich auf die Seite Amerikas in dessen Angriff auf Bagdad zu stellen, zumal Washington von langer Hand durch Israel dazu gebracht worden war.

Er mußte erfahren, daß seine aktive Mitarbeit bei der Aufspürung von Mithelfern des Angriffs vom 11. September 2001 nicht mehr in die Waage fiel. Eine Aussöhnung mit arabischen Nationalisten, gerade auch seiner eigenen Partei, war aber sicher dringend geboten.

Nach dem Fall von Bagdad versprach Präsident Assad Außenminister Colin Powell die Mitarbeit beim Aufspüren irakischer Widerstandskämpfer und kam diesem Versprechen in anerkannter Weise nach. Andererseits vergab Präsident Assad bei der Neubildung seiner Regierung im Sommer 2003 eine Mehrheit von Posten an Anhänger der syrischen – rein säkularen – Ba'ath-Partei. Natürlich fehlte es nicht an Wortschmieden in Amerika, die den durchweg in geopolitischen Fragen des Nahen Ostens ahnungslosen Amerikanern weismachen konnten, daß die Ba'athisten des Iraks und Syriens ein und dieselbe Gruppe darstellten. Das ist so, als würde man z. B. die Christdemokraten der Bundesrepublik Deutschlands und Italiens als ein und dieselbe Gruppe behandelt.

Schließlich liegt Damaskus sozusagen direkt unter dem israelischen Balkon auf den Golanhöhen. Im Jahre 2000 hatte Israel Verhandlungen über die Rückgabe der Golanhöhe abgebrochen und Syrien die Schuld daran gegeben: Es habe sich ja nur um einen winzigen Landstreifen gehandelt, den Israel für sich behalten wollte. Dabei blieb aber unerwähnt, daß es sich um das Ostufer des Sees Tiberias handelte –

d. h. Israel will den alleinigen Zugang zum Wasser behalten. Europäische und UN-Diplomaten waren mit Vorarbeiten für eine erneute Aufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und Syrien beschäftigt, als Scharon am 5. Oktober 2003 den Luftangriff durchführte. Somit ist jetzt keine friedliche Lösung in Sicht und auch keine Übereinkunft zum Austausch von Gefangenen zwischen Hisbullah und Israel.

Für Damaskus ist dies nur das letzte Beispiel für die Politik, Initiativen zu einer friedlichen Beilegung von Konflikten unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten zu torpedieren.

Dann muß er sich auf weitere Luftangriffe durch Israel gefaßt machen, denen man in Washington nichts entgegensetzt. Solche Angriffe werden eines Tages in Syrien die Forderung nach Vergeltung laut werden lassen, obwohl es militärisch vollkommen sinnlos wäre.

Wie aussichtslos die Lage Syriens ist, macht allein schon die Reaktion in den Vereinten Nationen auf den israelischen Luftangriff klar: Auf Antrag von Syrien war eine außerordentliche Versammlung der Vereinten Nationen einberufen worden. Washington und London befanden nur, Israel habe „das Recht sich zu verteidigen“.

Aber auch die Reaktion von arabischer Seite war erstaunlich verhalten: Der Präsident von Jemen hatte erst 24 Stunden nach dem Angriff in Damaskus angerufen. Jassir Arafat hatte schon überhaupt keinen Kontakt mit Damaskus aufgenommen und ebenso wenig Mu'ammar Gaddafi von Libyen.

Die arabischen Regierungen sind scheinbar durch Washingtons Politik gründlich eingeschüchtert. Wenn sie in ihren Ländern die Pressefreiheit nicht einschränken würden, dürfte solche Vorsicht in der Außenpolitik wohl nicht möglich sein. Nachdem arabische Fernsehsender einen großen Teil der arabischen Länder erreichen, dürfte das Kesseltreiben gegen Syrien auch zu einer Erstarkung des „Terrorismus“ beitragen.

Als der syrische Vizepräsident Abdel Halim Chaddam nach dem Luftangriff bei Damaskus die Stimme noch etwas lauter erhob und Scharon bezichtigte, einen psychologischen Krieg gegen Syrien zu führen, dröhnten am Tag darauf israelische F-15 Maschinen wieder über die syrischen Stellungen im Libanon - wie zum Beweis der Ohnmacht Syriens.

Syrien braucht eine Führung mit stählernen Nerven, um sich nicht provozieren zu lassen, und es braucht eine eiserne Hand im Innern, um kein Aufbegehren gegen die Erniedrigungen und Verleumdungen

zuzulassen. Damaskus hat nach dem Luftangriff und den wiederholten Provokationen durch F-15 Jäger öffentlich Vergeltung angekündigt, es ist aber nichts erfolgt. Es galt wohl nur des arabische Fußvolk zu beschwichtigen.

Syrien kann sich keine Gegenwehr leisten. Der Eindruck unmittelbarer Bedrohung muß seinen Präsidenten zu dem Schritt Richtung Ankara veranlaßt haben trotz aller geschichtlichen Erinnerung an die Herrschaft der Osmanen über Syrien. Noch unter der anschließenden Mandatsherrschaft Frankreichs über Syrien verlor dieses seinen historischen Hafen Alexandrette mit dem Hinterland an die Türkei: Frankreich trat ihn 1939 (!) an die Türkei ab.

Die Kontaktaufnahme des syrischen Präsidenten mit Ankara ließ die Medienwelt aufhorchen. Zu den Interpretationen dieser unwahrscheinlichen Annäherung gehörte die These, man wolle sich gemeinsam gegen eine eventuelle kurdische Initiative zur Gründung eines eigenen Staates wenden. Nun hat Syrien aber so wenig Kurden im Vergleich zum Irak und vor allem der Türkei, daß diese Erklärung nicht überzeugt.

Einleuchtender erschien die Erklärung, daß Syrien sich in die Enge getrieben sieht und schließlich einen Rettungsanker in der Türkei suche. Andere schreiben voller Häme, daß Damaskus jetzt nur noch nachbarlichen Beistand ausgerechnet bei dem getreuen Freund Israels und Amerikas im Nahen Osten suchen konnte.

In Syrien wird man die Annäherung aber verkaufen können mit dem Hinweis darauf, daß das türkische Parlament schließlich die Benutzung der Türkei als Aufmarschgebiet amerikanischer Truppen verweigert hat und auch bei Kriegsende keine Truppe zur Niederhaltung des irakischen Widerstands geschickt hat.

Wenn die Bush-Scharon Politik im Nahen Osten so weiterläuft und Syrien tatsächlich kriegerisch angegriffen wird, wird das wahrscheinlich allgemeine Unruhen und Erhebungen zur Folge haben, die gegen eigene Regierungen, gegen Fremdbestimmung und gegen Israel gerichtet sind. Was sich darauf entwickelt, scheint noch unabsehbar.

Quellen: WRMEA, TOI, AFP, SPIEGEL, CBC.